Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 265

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 6.00, vierteljährlich Mk. 18.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe
Donnerstag, 24. Juni

Anzeigenpreis: Die 5gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 60 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3.00 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6999. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Neueste Tagesnachrichten

* Das Preußenparlament hat seine Sitzungen wieder aufgenommen.

* Die interalliierte Kommission verbot den Steuerabzug vom Lohn im besetzten Gebiet.

* Die ungarische Regierung hat unter dem Druck des Boykotts ihre Demission eingereicht.

Auch in Polen Schwierigkeiten bei der Kabinettsbildung.

* Die Verhandlungen mit Krassin sind auf einem toten Punkt angelangt.

* In Londonderry sind Unruhen ausgebrochen, die mit großer Heftigkeit andauern.

Fehrenbach hofft noch immer

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

h. Berlin, 23. Juni.

Die heute nachmittag erwartete Entscheidung ist noch nicht gefallen. Die sozialdemokratische Fraktionskonferenz ging, wie verlautet, auseinander, ohne einen endgültigen Entschluß gefaßt zu haben. Die Demokraten, die gleichfalls zu einer Fraktionssitzung zusammengetreten waren, verhielten sich abwartend. Die Verhandlungen zwischen den Parteien dauern fort. Wie heute abend von einer, dem Reichskanzler Fehrenbach nahestehenden Persönlichkeit mitgeteilt wird, hofft Fehrenbach noch immer auf ein Gelingen der Kabinettsbildung.

w. Berlin, 23. Juni.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einstimmig beschlossen, Anspruch auf den Präsidentenposten des Reichstages dringend zu erheben und dafür den ehemaligen Vizepräsidenten Loebe vorzuschlagen.

Der „Vorwärts" dementiert das Gerücht, daß Fehrenbach seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt habe. Fehrenbach sei durch Ernennung Reichskanzler geworden, er könne also nur demissionieren, das habe er nicht getan. Er sei vielmehr bestrebt, eine Regierung zu schaffen und verhandle weiter. Das allgemeine Bewußtsein, das schließlich und zwar sehr bald eine Regierung zustande gebracht werden müßte, sei den Aussichten für die Verhandlungen förderlich.

Die Abstimmungszüge gesichert

w. Berlin, 23. Juni.

Dem deutschen Geschäftsträger in Warschau ist vom polnischen Ministerium des Aeußern auf Grund von Verhandlungen mit der interalliierten Kommission in Allenstein eine Erklärung übergeben worden, die auch für das Abstimmungsgebiet Marienwerder Gültigkeit haben soll, in welcher es heißt: Die polnische Regierung verpflichtet sich, die Stimmberechtigten der Abstimmungsgebiete Marienwerder und Allenstein in täglichen sieben Sonderzügen während des Zeitraums von 14 Tagen durch das polnische Gebiet zu befördern.

Der Boykott gegen Ungarn

W. Budapest, 23. Juni.

Wie dem Ungar. Tel.-Korr.-Büro von der christlich-nationalen Vereinigung mitgeteilt wurde, wird die Regierung am Sonntag oder Montag zurücktreten, um dem Reichsverweser und der Nationalversammlung Gelegenheit zu geben, eine der gegenwärtigen politischen Konstellation entsprechende Regierung zu bilden.

w. Wien, 23. Juni.

Im Zusammenhang mit dem Boykott gegen Ungarn ist auch der Personenverkehr nach Ungarn auf der Südbahnstrecke mit dem gestrigen Tage eingestellt worden. Der Güterverkehr der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft ruht seit 2 Tagen. — Die Zeitungen melden den Ausschluß des Reichsverbandes der Bankbeamten (?) an die Boykottbewegung.

Die Folgen der Unterbindung des Verkehrs zwischen Oesterreich und Ungarn machen sich in Wien bereits außerordentlich schwer bemerkbar. Zunächst kann man feststellen, daß die Maßnahme des internationalen Sozialismus der Wiener sozialdemokratischen Partei Tausende, ja Zehntausende von neuen Gegnern gebracht hat. Zur Erhöhung der Stimmung trägt wesentlich bei, daß die Warenpreise bereits anfangen, empfindlich in die Höhe zu gehen; besonders bemerkbar macht sich das Ausbleiben der Tausende von Gemüse- und Obstwagen, welche österreichische Großhändler in Ungarn gekauft hatten und die in der Verladung begriffen waren.

w. Budapest, 23. Juni.

Der von den sozialistischen Gewerkschaften des Auslandes ins Werk gesetzte Boykott gegen Ungarn macht sich nur in äußerst geringem Maße fühlbar. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erklärte Ministerpräsident Simony, daß der Handelsminister ermächtigt sei, die Annahme und Beförderung von Waren durch Eisenbahn oder Schiff nach allen Ländern einstellen zu lassen, wo die Annahme und Weiterbeförderung nach Ungarn eingestellt ist.

Zwischen Boulogne und Spa

Die amtliche Darstellung

Die Bestimmungen der Konferenz von Boulogne sind mit all ihren Knebelungen für Deutschland von uns bereits mitgeteilt worden. Jetzt gibt Havas aus Anlaß des gestrigen Abschlusses folgende amtliche Darstellung:

Die Frage der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungssumme und deren Verteilung unter die Alliierten ist aufs neue geprüft worden. Es ist entschieden worden, daß die französischen, englischen, italienischen, belgischen und serbischen Sachverständigen sich in Paris vereinen, um unter Zugrundelegung des Vereinbarten gemeinsame Vorschläge zu machen, die den Alliierten, die sich am 2. Juli in Brüssel wieder vereinigen, um endgültig ihr Einverständnis zu der Konferenz von Spa festzulegen, unterbreitet werden sollen. Die zweite Frage, betreffend die Entwaffnung, ist dahin entschieden worden, daß die von den militärischen Sachverständigen vorgeschlagenen Texte angenommen wurden. Sie beziehen sich auf den Besitz des zerstörten Kriegsmaterials und auf den Zeitpunkt, zu dem die Fabrikation von Luftschiffahrtsmaterial wieder aufgenommen werden kann. Auch die Nichtausführung der Klauseln betreffend die Kohlenfrage, ist von den französischen Delegierten erneut zur Sprache gebracht worden. Endlich ist bestimmt worden, daß die Verhandlungen wirtschaftlicher Art, die in London mit den russischen wirtschaftlichen Delegierten geführt werden, fortgesetzt werden sollen, da es sich nicht um die Frage der politischen Anerkennung der Sowjet-Regierung handele.

Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas gibt über die Verhandlungen folgende Erläuterungen: Die Note, die an die deutsche Regierung noch heute gerichtet werde, kündige Zwangsmaßnahmen im Falle der Nichtausführung der militärischen Klauseln an, ohne Verdings über die Modalitäten zu sprechen. Man könne aber glauben, daß es sich um neue militärische Besetzungen handeln werde, wie die Konferenz von San Remo entschieden habe. An den Bestimmungen über die Fabrikation von Luftschiffahrtsmaterial seien Abänderungen getroffen worden. Deutschland dürfe dessen Fabrikation erst drei Monate nach der völligen Auslieferung des militärischen Luftschiffmaterials wieder aufnehmen. Ueber die Frage der Festsetzung der deutschen Schuld sei nicht wieder gesprochen worden. Ueber die ungenügenden Kohlenlieferungen von Deutschland sei ebenfalls eine Vereinbarung erzielt worden. Der französische Minister der öffentlichen Arbeiten habe sich darüber des längeren mit dem italienischen Außenminister und dem belgischen Vertreter bei der Wiedergutmachungskommission ausgesprochen. Ein Beschluß würde auf der Konferenz in Brüssel gefaßt werden.

w. Paris, 23. Juni.

„Agence Havas" meldet aus Boulogne: Das deutsche Ergebnis der Konferenz in Boulogne ist die vollkommene Uebereinstimmung der Alliierten in der Frage der Herabminderung des deutschen Heeres auf 100 000 Mann. Die Stärke der Polizeitruppen darf nicht über die im Friedensvertrage vorgesehene Anzahl hinausgehen. Die Konferenz billigte den Vorschlag der französischen und englischen Sachverständigen für die Ausarbeitung der finanziellen Klauseln des Vertrages. Die Alliierten werden am 5. Juli in Spa die Vorschläge der deutschen Delegierten über die Art, in der Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommen will, entgegennehmen. Die veröffentlichten Schätzungen der vorläufig geheim gehaltenen Summe, die die Alliierten festgestellt haben, schwanken zwischen 90 und 120 Milliarden Goldmark. Deutschland wird den Betrag in 37 Jahresraten zu zahlen haben, wovon die ersten fünf nicht unter 3 Milliarden betragen sollen. Die anderen werden sich je nach der Wiederaufrichtung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland entsprechend erhöhen. Vollständige Uebereinstimmung ist über die Art der Maßnahmen erzielt worden, die getroffen werden sollen, falls Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt; sie werden wirtschaftlicher und militärischer Natur sein.

*

Die Konferenz von Boulogne, auf der sich die Alliierten auf Spa vorbereitet haben, hat zwei Beschlüsse von außerordentlicher Tragweite gefaßt:

1. Deutschland soll als „Wiedergutmachung" jährlich mindestens drei Milliarden Goldmark, das sind nach dem heutigen Stande der Valuta etwa dreißig Milliarden Papiermark, an die Alliierten zahlen. Festgelegt wurde aber nicht die Anzahl der Jahre, in denen diese Teilzahlungen geleistet werden sollen.

2. Deutschland soll seine Heeresstärke von 200 000 auf 100 000 Mann herabsetzen.

Diese letzte Forderung sei durch einige allgemein orientierende Betrachtungen beleuchtet:

Nach dem Friedensvertrage mußte das deutsche Heer zum 1. April auf 200 000 Mann verringert sein. Die Durchführung dieser Maßnahme war durch den Kapp-Putsch unterbrochen worden, und die Zeit der Herabsetzung wurde von der Entente auf den 15. Mai verschoben. Bei der Ausführung der Verminderung waren die Truppen der neutralen Zone, und zwar etwa 16 000 Mann, in der Stärke von 20 000 Mann auf Grund einer besonderen Verabredung mit dem Marschall Foch nicht mit einbegriffen. Die Heeresstärke betrug am 5. April etwa 231 548 Mann, einschließlich der neutralen Zone. Auf eine neue Forderung der Entente wurde schließlich diese Ziffer auf 200 000 Mann herabgedrückt. Nach den weiteren Bestimmungen des Friedensvertrages muß bis zum 1. Juli die Herabsetzung der deutschen Heeresstärke auf 100000 Mann zurückgeführt sein. Bekanntlich hatte die deutsche Regierung gelegentlich der Konferenz von San Remo den Antrag gestellt, daß Deutschland dauernd ein Heer in Stärke von 200 000 Mann behalten dürfe, ein Standpunkt, den auch General Foch früher selbst vertreten hatte. Die Entente hat sich in San Remo die Entscheidung für Spa vorbehalten, hat sich aber von vornherein auf den Standpunkt gestellt, daß wenig Aussicht auf Erfüllung dieses deutschen Wunsches vorhanden sei. Da die Abrüstung des deutschen Heeres auf 100 000 Mann bis zum 11. Juli durchgeführt sein soll, während die Konferenz von Spa voraussichtlich erst am 5. Juli stattfinden wird, so war damit zu rechnen, daß die eigentliche Entscheidung bezüglich der deutschen Heeresstärke jetzt in Boulogne fallen würde. Die deutsche Regierung hat inzwischen am 3. Juni den Antrag gestellt, die Abrüstungsfrist über den 11. Juli hinaus zu verlängern, damit inzwischen eine Klarstellung der Verhältnisse bezüglich der deutschen Heeresstärke vor sich gehen könne.

Angeblich ist dieser Wunsch der bisherigen deutschen Regierung nach einer Pariser Meldung erfüllt worden. Es erscheint trotzdem notwendig, schon jetzt nochmals mit aller Entschiedenheit auf die ernsten Gefahren hinzuweisen, die sich aus der Heeresverminderung auf 100 000 Mann ergeben würden. Es sei besonders auf die bolschewistischen Tendenzen hingewiesen, die von dem Vertreter Sowjetrußlands in Berlin im Einvernehmen mit den linksradikalen Parteien verfolgt werden. Die Nachrichten über die Erschütterung des polnischen Heeres durch die russisch-bolschewistische Gegenoffensive können nicht ernst genug genommen werden. Es ist nicht abzusehen, wohin ein weiteres Vordringen der bolschewistischen Truppen auf Ostpreußen zu im Zusammenhang mit der bolschewistischen Agitation in Deutschland führen müßte. Die reichlichen Geldspenden des Räterußlands für die kommunistische Partei zur Unterstützung der Reichstagswahlen, von denen englische Blätter berichtet haben, haben bewiesen, daß Sowjetrußland das regste Interesse an der völligen Revolutionierung Deutschlands besitzt. Die Ueberzeugung hat sich auch in England bereits Bahn gebrochen, daß ein bolschewisiertes Deutschland und damit ein bolschewisiertes Mitteleuropa, die ernsteste Gefahr für die Kultur überhaupt werden würde. Je schneller bei uns die Heeresverminderung vor sich geht, um so geringer wird der Widerstand gegen den von Osten her vordringenden Bolschewismus.

Die neue Regierung kann ihre Aufgabe auf Herstellung von Ruhe und Ordnung nur dann erfüllen, wenn sie eine genügend starke und disziplinierte Truppenmacht hinter sich hat. 200 000 Mann sind in dieser Hinsicht der Mindestsatz, und mit einem Heer von 200 000 Mann wird keine Regierung, und mag sie in den Augen des Auslandes noch so alldeutsch und nationalistisch erscheinen, einen Revanchekrieg gegen die Sieger von Versailles unternehmen können. Daß im übrigen in seinem Teil unseres Volkes solche Revanchestimmung vorherrscht, dürfte die Entente durch ihre Berliner Missionen sehr leicht feststellen können, und selbst die verlogensten Darstellungen der Unabhängigen und Kommunisten würden keine gegenteiligen Unterlagen bieten. Wie notwendig ein starker Schutz der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Deutschland ist, wird vielfach selbst in der Entente zugegeben, und Stimmen, wie die der Franzosen, daß Deutschland vollständig von der Erdkarte verschwinden könnte, ohne daß die Welt davon einen Nachteil hätte, dürften selbst bei den übrigen Ententegenossen nicht ernst genommen werden; es sind Stimmen des Irrsinns und der albernen Verfolgungssucht. Man hat nun von englischer Seite den Gedanken propagiert, man solle Deutschland eine stärkere Polizei belassen und damit die deutsche Heeresfrage lösen. Aber wer die Verhältnisse sowohl in Deutschland wie in den Ententeländern einigermaßen übersehen kann, wird immer wieder die Tatsache bestätigt finden, daß eine Regierung, die wirklich auf Ruhe und Ordnung halten will, mit einer Polizeitruppe nichts anfangen kann. Das lehren beispielsweise die Verhältnisse in Irland. Auch dort vermag die britische Regierung sich gegenüber den Aufstandsgelüsten der Iren immer nur wieder durchzusetzen nicht durch die Polizeitruppe, sondern durch die Heeresmacht, die jeweilig von England nach Irland geworfen wird. Aehnlich waren die Verhältnisse bei uns in Deutschland gelegentlich der Aufstandsversuche der Kommunisten. So zuverlässig die grüne Polizei von Fall zu Fall sein mag, so trägt sie Beamtencharakter; und damit ist auf die Dauer nichts anzufangen. Wir brauchen eine genügend starke Heerestruppe, die sich als Wehrmacht fühlt, und wo jeder einzelne nichts anderes als Soldat ist. Wenn die bolschewistische Agitation sich einmal so weit ausgewirkt haben wird, daß ein allgemeiner Aufstand, und nicht mehr wie bisher, Teilaufstände vor sich gehen können, wäre das deutsche Heer nach der Verminderung außerstande, Deutschland vor dem Bolschewismus zu retten. Schon bei den bisherigen Teilaufständen war es trotz der 200 000-Mann-Stärke schwierig, zu gleicher Zeit an verschiedenen Stellen durchzugreifen. — Für die Zukunft wäre das bei einer 100 000-Mann-Heer völlig unmöglich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006241-19/fragment/page=0001

Es ergibt sich also daraus die dringende Notwendigkeit, daß die Entente die deutschen Wünsche auf Beibehaltung des 200 000-Mann-Heeres erfüllt. Setzt sie dagegen die Verminderung auf 100 000 Mann durch, so sind neue Unruhen im Lande wahrscheinlich, weil es unmöglich ist, die zur Entlassung kommenden 100 000 Mann in Handel, Industrie und Landwirtschaft unterzubringen. Ist es der Wunsch der Entente, daß Deutschland durch neue Unruhen erschüttert wird, so wird sie die Verminderung des Heeres auf 100 000 Mann erzwingen; ringt sich jedoch bei den Alliierten die Auffassung durch, daß in Mitteleuropa endlich Ordnung Einkehr halten muß, so wird sie die deutschen Wünsche berücksichtigen müssen.

Deutschlands Abrüstung

Die Herabsetzung unserer Wehrmacht auf die uns von der Entente bis 10. Juli zugestandenen 200 000 Mann wurde im Mai durchgeführt. Ueber den weiteren Beibehalt eines Reichsheeres in dieser Stärke soll in Spa verhandelt werden.

Die 7 Divisionsstäbe sind mit dem im Friedensvertrag vorgeschriebenen Etat gebildet und 2 Reichswehrgruppenkommandos — diese entsprechen den Generalkommandos des Friedensvertrages — unterstellt. Die früheren 7 Armeeinspektionen und 25 Generalkommandos sind aufgelöst, ebenso die Oberste Heeresleitung, der Große Generalstab und die Kriegsministerien Preußens, Bayerns, Sachsens, Württembergs. Statt dessen ist das Reichswehrministerium mit der im Vertrage vorgeschriebenen Höchststärke gebildet. Ferner sind aufgelöst: die Kriegsakademie in Berlin und München, sämtliche Kriegsschulen, Kadettenkorps und Unteroffizierschulen. Es bestehen zurzeit nur je eine Infanterie-, Kavallerie-, Artillerie- und Pionierschule. Die Zahl der Schüler bleibt jedoch weit hinter der uns zugestandenen zurück, da nicht genügend Offiziersaspiranten vorhanden sind. Die Schule für Nachrichtentruppen mußte, trotzdem sie nicht gegen den Friedensvertrag verstößt, auf Einspruch des Generals Nollet wieder aufgelöst werden. Das Zivilpersonal bei den Verwaltungsbehörden beträgt für das 200 000 Mann-Heer nur noch ein Fünftel des Ersatzes von 1913.

Die Bestände an Geschützen, Minenwerfern, Maschinengewehren und Gewehren sowie der dazu gehörigen Munition werden dauernd im gleichen Verhältnis mit der Herabsetzung der Heeresstärke verringert. Eine weitere Verminderung tritt erst nach Entscheidung über das 200 000 Mann-Heer ein. Auch mit der Zerstörung der Festungsartillerie ist begonnen, nachdem seitens der Entente im Widerspruch mit Artikel 167 des Friedensvertrages Deutschland nur noch 5 Festungen (Pillau, Swinemünde, Königsberg, Ulm, Küstrin) mit ganz geringer Bestückung zugebilligt wurden. Das gesamte in Deutschland befindliche Kriegsgerät nicht deutscher Herkunft ist der Interalliierten Kontrollkommission zur Verfügung gestellt, die Uebernahme im Gange. Die Fabriken, die weiterhin für die Herstellung des Kriegsgeräts vorgesehen sind, wurden bereits vor mehreren Monaten namhaft gemacht. Die Entscheidung der Entente steht noch aus. Alle anderen Anlagen zur Herstellung von Kriegsgerät sind geschlossen oder werden unter Kontrolle der Entente auf die Friedenswirtschaft umgestellt. Infolge Zerstörung der Spezialmaschinen, Vernichtung der Zeichnungen usw. sind sie zur Anfertigung von Kriegsmaterial nicht mehr befähigt. Alle Depots (Zeughäuser), die nicht zur Lagerung der uns zugebilligten Bestände dienen, sind entmilitarisiert und in den Besitz der Reichsentwandhandelsgesellschaft übergegangen. Die Kontrollkommissionen der Entente sind bereits seit Monaten tätig. Die Kontrolle erstreckt sich nicht nur auf die staatlichen Anlagen, sondern auch auf alle in der Kriegsindustrie beschäftigten Privatfabriken, deren Zahl wohl an 25 000 heranreicht.

Ein „Freiheit"-Redakteur vor dem Reichsgericht

Verurteilung wegen versuchten Landesverrats.

W. Leipzig, 28. Juni.

Der Vereinigte 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute den Redakteur der „Freiheit", Hans Mittwoch in Königsberg, der jetzt zum Reichstagsabgeordneten gewählt worden ist, wegen versuchten Landesverrats nach § 92, 1 des Strafgesetzbuchs sowie wegen übler Nachrede in Bezug auf den früheren Kriegsminister Noske und den Oberst Hesse und das Auswärtige Amt zu zwei Jahren Festungshaft unter Anrechnung von sechs Monaten der erlittenen Untersuchungshaft. Die Straftat ist begangen durch die am 22. Oktober 1919 durch den Angeklagten bewirkte Veröffentlichung eines Protokolls über eine angeblich am 3. Juni 1919 abgehaltene Sitzung im Auswärtigen Amt, das sich hinterher als eine plumpe Fälschung erwies, vom Angeklagten aber für echt gehalten wurden war und dem Deutschen Reich großen Schaden hätte zufügen können.

Fraktion „Christliche Landespartei"

Die neue Fraktion und das Zentrum.

Die Bayerische Volkspartei, die mit den Bauernbündlern und den Deutschhannoveranern eine Fraktion der Christlichen Landespartei im Reichstage bilden will, lehnt eine Einigung mit dem Zentrum ab, falls nicht folgende Bedingungen erfüllt werden:

1. Sofortige Aufhebung der Sperrklausel (Artikel 18 der Weimarer Verfassung), wonach neue Bundesstaaten innerhalb der zweier Jahre nicht gebildet werden sollen.

2. Rücktritt aller jener Personen von führenden Stellen, welche die bisherige Politik des Zentrums zu verantworten haben.

In Polen wie in Deutschland

W. Warschau, 23. Juni.

Nach zweitägiger Beratung mit dem Zentrum und den Linksparteien, die das neue Kabinett bilden sollen, hat der Abgeordnete Witos gestern abend die Unmöglichkeit festgestellt, eine positive Regierung zu erzielen und seinen Auftrag in die Hände des Staatschefs zurückgelegt.

Die Wirtschaftsverhandlungen in Paris

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

h. Paris, 28. Juni.

Wie verlautet, werden die neuen Wirtschaftsbesprechungen zwischen den Vertretern der deutschen und französischen Industrie am 28. Juni in Paris beginnen. Die deutschen Vertreter sollen sich bereits in den nächsten Tagen dorthin begeben; auch Geh. Rat Wiedfeld wird an den Besprechungen teilnehmen. Man erwartet auch in Paris, daß die deutschen Vertreter Anregung dazu geben werden, wie man sich deutscherseits das Zustandekommen der großen internationalen Anleihe denkt.

Buchdrucker und Revolution

Auf der Tagung des Verbandes der deutschen Buchdrucker, die gegenwärtig in Nürnberg tagt, brachte die auf der linken Seite stehende Oppositionspartei einen Antrag ein, wonach die Generalversammlung beschließen solle, daß Mitglieder des Buchdruckerverbandes bei Ausbruch offenrevolutionärer Kämpfe die Herstellung konterrevolutionärer Zeitungen und andere Druckerzeugnisse verweigern. Es sollen nur die Zeitungen hergestellt werden, die von den jeweils gewählten Kampfleitungen der Arbeiterschaft als maßgebendes Publikationsorgan gewählt werden. Dieser Antrag wurde mit 102 gegen 70 Stimmen abgelehnt. Folgender Antrag der Kommission in dieser Frage wurde gegen 39 Stimmen angenommen:

„Die Generalversammlung stellt mit Genugtuung fest, daß sich die Buchdrucker in voller Einmütigkeit an den Generalstreik im März zur Aufrechterhaltung der revolutionären Errungenschaften beteiligt haben.

Um für die Zukunft einheitliche Maßnahmen treffen zu können, wie bei ähnlichen Gelegenheiten die erforderliche Aufklärung der Oeffentlichkeit gewährleistet werden kann, bringt die Generalversammlung zum Ausdruck, daß bei zukünftigen, von der Zentralleitung der Gewerkschaften eingeleiteten Aktionen von den Zentralstellen bzw. von den von dieser zur Leitung der kritischen Bewegung eingesetzten Instanzen bestimmt wird, welche Preßerzeugnisse und Publikationen zur Bekämpfung der gegenrevolutionären Bestrebungen herzustellen sind. Die Generalversammlung beruftet aufs entschiedenste die im letzten Jahre wiederholt erfolgten Verbote von Zeitungen. Sie erklärt, daß die uneingeschränkte Preßfreiheit gewährleistet werden muß. Jede Beschränkung der Preßfreiheit führt zur geistigen Knechtung und bedeutet einen Kulturrückschritt.

Die Untersuchung gegen Hölz

b. Dresden, 28. Juni.

Die Untersuchung gegen Hölz und 22 seiner Genossen in der Tschecho-Slowakei ist beendet. Hölz geht in den nächsten Tagen seiner Aburteilung entgegen. Bis auf seinen Stellvertreter Gothe sind seine anderen Genossen in Freiheit gesetzt worden. Es waren zumeist tschecho-slowakische Staatsangehörige. In der Tschecho-Slowakei hat sich Hölz folgender Vergehen schuldig gemacht: er wird bestraft werden wegen Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit, begangen am einem verhaftenden Sicherheitsorgan, und wegen Vergehens gegen das sogenannte Anarchistengesetz (Sprengmittelgesetz). Seinerzeit lag auch ein Antrag vor, Hölz und seine in der Tschecho-Slowakei verhafteten Genossen wegen Hochverrats zu bestrafen; doch mußte diese Untersuchung wegen Mangels eines gesetzlichen Tatbestandes eingestellt werden.

Wiederbeginn im Preußenparlament

W. Berlin, 28. Juni, Beginn 2 Uhr nachmittags.

Der Abgeordnete Dr. Rosenfeld (U. S.) hat wegen seiner Wahl in den Reichstag sein Mandat niedergelegt. Zum Gedächtnis des verstorbenen Abg. Dr. Friedberg, der dem Preußen-Parlament 34 Jahre angehörte, erheben sich die Mitglieder von den Plätzen. Der Antrag Adolf Hoffmann (U. S.) auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Kilian (U. S.) und auf Haftentlassung geht an die Geschäftsordnungs-Kommission über.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und Auflösung der Hausvermögen. Danach sollen u. a. aufgehoben werden: das Recht eigener Gerichtsbarkeit, das Recht auf die Prädikate Königliche Hoheit, Durchlaucht usw. Ferner ist das in Preußen befindliche Hausvermögen von den beteiligten Familien bis zu einem bestimmten Termin aufzulösen.

Abg. Mehrhof (U. S.) wendet sich dagegen, daß die Rechtsverhältnisse der Patronaten der Kirchen und Schulangelegenheiten usw. erst durch besondere Gesetze geregelt werden sollen, man sollte gleich jetzt ganze Arbeit tun.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung und in der Gesamtabstimmung gegen einen Teil der Rechten angenommen.

Es folgt die erste Beratung der Novelle zum Gesetz über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst. Die Besetzung in die Stellen der Abteilungsdirigenten und der Mitglieder einer Regierung und der dem Oberpräsidenten und dem Regierungspräsidenten zugeordneten Verwaltungsbeamten werden mit einer Einschränkung von der Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst abhängig gemacht.

Nach längerer Aussprache wird der Entwurf an einen Ausschuß verwiesen.

Die Vorlage zur Bereitstellung von Mitteln zum Ausbau von Wasserkräften des Main und des oberen Quellgebiets der Weser gehen an den Haushaltsausschuß.

Nächste Sitzung: Morgen, Donnerstag, 2½ Uhr nachmittags Nothaushalt.

*

Vor Beginn der ersten Sitzung der Landesversammlung beriet der Aeltestenausschuß über die Verteilung der Geschäfte; gleichzeitig hielten die Unabhängigen eine Sitzung ab, in der sie einen Antrag auf Auflösung der Landesversammlung formulierten. Voraussichtlich werden sie mit dieser Forderung nicht allein stehen, da das Haus in seiner Zusammensetzung dem gegenwärtigen Volkswillen, wie ein Vergleich mit der Neubildung des Reichstages beweist, kaum noch gerecht wird.

Zum Ableben des Staatsministers Dr. Friedberg ist bei der Deutschen Demokratischen Partei folgendes Beileidstelegramm der Deutschnationalen Volkspartei eingegangen: An dem Verlust, den die Deutsche Demokratische Partei durch den Tod ihres bewährten Führers erleidet, nehmen auch wir aufrichtigen Anteil. Mit Dr. Friedberg scheidet ein in allen Kreisen durch seine Sachkenntnis und Vornehmheit geachteter und bewährter Parlamentarier dahin, dessen Fehlen überall schmerzlich empfunden wird. Deutschnationale Volkspartei. Der Vorsitzende: Hergt.

Explosionskatastrophe bei Mainz. Ein großer Teil des Artilleriemunitionslagers Uhlerborn an der Strecke Mainz—Bingen ist gestern nacht in die Luft geflogen. Das Uebergreifen der Explosion auf weitere Teile des Lagers wurde durch französische Soldaten verhindert. Hierbei wurde der Adjutant im 166. französischen Infanterie-Regiment getötet. Die Gefahr eines weiteren Umsichgreifens der Explosion ist beseitigt. Der Zugverkehr, der einige Stunden über andere Strecken umgeleitet werden mußte, wurde gestern morgen wieder aufgenommen.

Zur Verteuerung der Drucksachen. Wir sind in der Lage, recht interessante Zahlen für die ungeheure Verteuerung der Druck- und Papierkosten im Druckgewerbe zu bringen, aus denen die Auftraggeber leicht ersehen können, wie wesentlich die Lage der Druckereien ist, und wodurch die hohen Preiserhöhungen im Druckgewerbe aller Branchen begründet sind. Die Zahlen gelten für die erste Juniwoche 1920:

	1914 M	1918 M	1920 M
Setzerlöhne pro Woche	36,—	61,50	240,—
Farbe für 100 Kilo	210,—	800,—	2 300,—
Maschinenöl für 100 Kilo	36,—	285,—	2 800,—
Waschmittel f. Schrift u. Walzen	25,—	190,—	1 200,—
Zeitungspapier für 10 000 Kilo	2 300,—	9 000,—	50 000,—

Maschinenerschütterte: Schrauben, Räder usw., sowie Reparaturen = 1500 Prozent Aufschlag auf den Friedenspreis.

(Nachdruck verboten.)

Die Kinderlosen

4] Roman von Marie Diers.

Da erhellte sich plötzlich das ganze Runzelgesicht der alten Matte, und sie fragte, mit dem Atem hinter der Stimme vor Spannung, ob das etwa der Pötschendorfer Ziegeleivogt sei, von dem wisse sie allerlei Gutes.

Ja, das wäre ihr Vater, sagte Tien. Aber er wolle seine Ziegelei verkaufen und nach Berlin ziehen. Er hätte noch zwei Töchter, die eben erst hallfähig wären, und wie die Familie eingerichtet wäre, das ließe sich gar nicht schildern.

Ja, ja, das sei ganz gut, sagte die Alte schon wieder viel trockener, aber es müsse auch sonst noch allerlei dabei sein. Sie müsse gefügig sein und ihm überall das Vorwort lassen und dürfe nicht in der Stadt herumflatusen, wenn er in seiner Arbeit sei, und zur Stelle sein, wenn er heimkäme.

Da lachte der Tien wieder und sagte: „Darum brauchst du keine Angst zu haben, Mutter. Die ist so verliebt, die dreht sich wie ein Käfer an der Nadel um mich herum. Die ist krank vor Eifersucht auf die kleine Ziller und das Bürgermeisterfräulein. Die küßt mir die Hände, wenn ich sie nehme."

Und wie er das sagte, saß er auf der Holzbank, und der hübsche Schein aus dem lieben Kindergesicht war fort, und es saß da ein prahlerischer, dicker Frosch, aber Mutter Matte fand ihren Jungen ganz recht so und ganz wunderschön.

Er war damals vierundzwanzig Jahre, aber trotz seines hellen Rundkopfes und seiner eigenwilligen Augen nichts als ein verzogenes, läppisches Mutterkind, als er sich die beiden anderen aus dem Sinn schlug und voll von der Ueberzeugung, daß Mutter das Richtige wisse, nach Pötschendorf hinüberfuhr und ohne weiteres, ohne sich die Minnie erst unter vier Augen zu sichern, den Alten um seine Tochter bat. Er hatte auch nicht eine Minute dabei eine Anfechtung, als sei es nicht das Rechte, was er tat, oder als werde ihm die Sache mißglücken und er mit einem Korbe heimkehren.

Und doch war dies Letztere nicht so ganz fern von ihm. Die Verliebtheit der Minnie in den jungen Arzt war zwar Herrn und Frau Vogt bekannt und tägliches besorgtes Elterngespräch. Denn der Doktor hätte ihnen schon gefallen und sein Geld auch, das gut zu dem ihren paßte, aber die alte Gallöper so dicht dabei war ihnen ein Dorn im Auge. Herr und Frau Vogt waren selbst von der Sorte der Emporgearbeiteten, und sie hatten eine Verachtung gegen ihresgleichen und rückten möglichst weit von ihnen ab. Sie hätten unendlich viel lieber gesehen, daß ihre Minnie in eine vornehme Familie hineingeheiratet hätte, am liebsten in den Gutsadel der Gegend. Aber da doch in dieser Richtung nichts angebahnt war und alles nur auf der unsicheren Grundlage der Wünsche stand, da Minnie sich um den Martin Gallöper auch wie eine nicht Gescheite benahm, wußte sich der Herr Vogt, als der junge Doktor im hohen Hut in seinen Hof einfuhr und Minnie aufschreiend ihm, dem Vater, an den Hals stürzte und ihm in ihrer wahnsinnigen Erregung mit ihren kleinen Fäusten auf der Brust trommelte, nicht anders zu helfen, als daß er mit sauersüßer Miene die Zusage gab, seiner Tochter den Antrag unterbreiten zu wollen.

Hatte er aber geglaubt, durch die scheinbare Zurückhaltung den kecken Freier zu dämpfen, so irrte er sich schwer. Tien Gallöper war seiner Sache so sicher, daß er dies Versteckspiel des Alten nicht eine Minute ernst nahm. Ja, es ging sogar noch weiter. Er war derjenige, der Bedingungen stellte. Er bäte, die Verlobung nicht eher zu veröffentlichen, als bis seine Mutter das Fräulein Minnie gesehen habe. Es sei ja natürlich nur eine Form, sagte er dann mit plötzlicher Gutmütigkeit, da er sah, wie Herr Vogt erblassend an dieser Pille würgte.

In dieser Minute wurde das gegenseitige Verhältnis schon entschieden. Die alten Vogts waren bei den Gallöpers drunter durch, daran war nichts mehr zu halten. Die Eltern hätten auf diese unverschämte Anmaßung hin den Freier fürs Leben gern zur Tür hinausgeworfen, aber sie brachten es nicht fertig, das Glück ihres verzogenen Kindes auch nur eine Viertelstunde aufs Spiel zu setzen.

Es war auch gar kein Gedanke daran, daß man etwa die alte Gallöper von ihrem Windberge herunter holen könne. Dazu habe sie es viel zu sehr in den Füßen, sagte Tien. Er stand da vor der Familie, lachend, siegesgewiß fest auf seinen Füßen, mit einem treuherzigen Ausdruck — nein, es war nichts gegen ihn zu machen, und Minnies Verliebtheit war auf ihrem Siedepunkt.

Er schlug nun vor, sie wollten jetzt gleich, zur selben Stunde, da die Maisonne über den Feldern lag, einen Spaziergang hinaufmachen zur Höhe, und sich einen tüchtigen Rosenstrauß holen von den Rosenstöcken, die Mutter unter dem Glasdach habe. Und daß die Alte nun doch nicht mehr mit den Rosen handle, sondern gleichsam als wohlhabende Rentnersfrau da oben sitze und sich die allseits berühmte Pracht nur zu ihrem Vergnügen halte, das half ein wenig über die Sache fort.

Mit sehr genischten Gefühlen sahen Herr und Frau Vogt den Davongehenden nach. Die jüngere Schwester hüpfte aus Anstandsrücksichten nebenher und störte das tändelnde Pärchen wenig. Mit der Mütze im Genick, frisch, unbekümmert, wie ein Student, schritt der künftige Schwiegersohn, neben ihm sehr dicht, in einem kostbaren weißen Kleide und weißen Spitzenhut, die junge Braut, die sehr duftig, sehr zart, überzart aussah neben des Jungen kraftstrotzendem Körperbau.

Echte elterliche Sorgen verdrängten das, was von Mißstimmung um äußerer Dinge willen noch in den Herzen saß. Es war etwas Prächtiges an dem Tien, gewiß! aber auch etwas Rücksichtsloses. Minnie war von kleinauf ein zartes Sorgenkind gewesen. Wie würde sie seiner robusten Natur standhalten? Ihre tolle Liebe machte sie jetzt blind und taub, aber wenn sie einst erwachte und sich schlecht behandelt fand? Minnie, dies unbeschreiblich gehegte und gepflegte Wachspüppchen, das sich kaum je hatte zu bücken brauchen, das von Papa und Mama und allen Dienstboten auf den Händen getragen war?

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006241-19/fragment/page=0002

Polnischer Bilderbogen

Der deutsche Osten ist schmählich den Polen preisgegeben, in einigen Gebieten stehen die Abstimmungen vor der Tür. Tausend Versprechungen machen die Polen, sie locken keinen Hund vom Ofen mehr hervor. Sie sind durchschaut — im Osten. Im Reich aber gibts immer noch Leute, die nicht begreifen wollen, was unseren Ostmärkern angetan ist. Der nachstehende Bilderbogen soll Aufschluß geben.

•

Die alte „Ostdeutsche Rundschau" in Bromberg (44. Jahrgang) vom 5. Juni muß folgende Mitteilung bringen:

Unsere Zeitung.

Bydgoszcz (gemeint ist Bromberg), 4. Juni.

Auf Anordnung der Komenda Miasta (Stadtkommandantur) dürfen wir unseren alten Namen „Ostdeutsche Rundschau" als Kopf unserer Zeitung nicht mehr führen. Wir werden von heute ab „Deutsche Rundschau in Polen" heißen.

Die „Ostdeutsche Presse" wurde vorgestern auf drei Tage verboten, da sie versehentlich eine von der Zensur gestrichene Notiz veröffentlicht hatte.

•

„Orędownik Pałuckowy" in Nakło (gemeint ist Nakel) bringt folgende amtliche Bekanntmachung:

„Auf Befehl des Dowództwo Okręgu Generalnego (Generalkommando) melden sich persönlich alle im Kreise Wyrzysk wohnhaften oder vorübergehend sich dort aufhaltenden Offiziere und gewesenen Offiziere, sowie Unteroffiziere und gewesene Unteroffiziere deutscher Nationalität, ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit, am 11. Juni, von 11—1 im Starostwo Wyrzysk. Die Genannten bringen ihre Ausweispapiere (wie Personal-Ausweise, Militärpapiere, Reisepässe usw.) mit.

Die Nichtbefolgung obigen Befehls wird auf Grund des Belagerungszustandes bestraft. Ausgenommen sind Offiziere und Unteroffiziere der früheren deutschen Armee, die im polnischen Heeresdienst stehen, sowie die zu der Grenzkommission gehörenden Offiziere."

Also deutsches Kanonenfutter für Polen gegen die Russen.

•

In der „Deutschen Rundschau in Posen" lesen wir:

* Poznań (Posen), 30. Mai. Der „Kurjer Pozn." fügt seinem Bericht über die letzte Stadtverordnetenversammlung folgende Bemerkungen hinzu: Zu der vorgestrigen Stadtverordnetenversammlung erschien ein Stadtverordneter in bezechtem Zustande. Als er zu sprechen anfing, lallte er ungereimtes Zeug, und während der ganzen Sitzung benahm er sich sehr lärmend. Es ist dies eine sehr traurige und die Stadtverordnetenversammlung und die einzelnen Stadtverordneten entwürdigende Erscheinung. Wie soll man Achtung vor unseren Selbstverwaltungskörpern haben, wenn ihre Mitglieder selbst ihr Ansehen erniedrigen. Ein anderer Stadtverordneter sah sich vor einigen Wochen, ebenfalls in angeheitertem Zustande, berufen, in der Nacht eine „Revision" des Stadtkrankenhauses vorzunehmen. Es mußte die Polizei gerufen werden, die den Herrn „Revisor" hinausbat. Er aber, von solchen Hindernissen nicht abgeschreckt, kam nach seiner Freilassung von der Polizei wieder ins Krankenhaus zu einer nächtlichen Inspizierung, worauf ihn die Polizei, diesmal schon endgültig, festnahm. Wir führen vorläufig keinen Namen an, aber wir werden uns nicht enthalten, deutlich zu sein, wenn sich solche Fälle wiederholen sollten. Ein Appell an die öffentliche Meinung, insbesondere an die Wähler, wird gewiß seine Wirkung nicht verfehlen. — Armes Posen.

•

Wahrlich, es ist eine Lust, im edlen Polen zu leben, wenn man Deutscher ist. Um so höher ist der Mut der Deutschen zu bewerten, die unverzagt aushalten. Anderer Meinung ist der preußische Finanzminister Südekum, der die dort wohnhaften deutschen Pensionäre dafür zur Freude der Polen nachdrücklich bestraft. Einem Schreiben aus der Ostmark entnimmt die „Deutsche Zeitung" darüber folgendes:

„Nun haben wir hier an der Grenze wohnenden deutschen Pensionäre durch unsere zuständigen Kassen uns die Gelder an unsere Konti beim Vorschuß-Verein in Deutsch (Schloß)-Filehne überweisen lassen, wo wir sie nach Bedarf jederzeit abheben konnten. Wir wechselten das Geld in polnisches um, erhielten je nach dem Valutastand den 3—4fachen Betrag und konnten trotz Teuerung noch ein annähernd menschenwürdiges Dasein fristen. Das soll vom nächsten Quartal ab anders werden, und zwar will das — der preußische Finanzminister Südekum. Er hat verfügt, laut beigefügter Mitteilung der Reg.-Hauptkasse in Schneidemühl, daß die Ruhegehälter in Zukunft nur von der zuständigen polnischen Kreiskasse oder von der „Fürsorgestelle" in Bromberg ausgezahlt werden sollen, natürlich in polnischer Mark, wobei die polnische Mark der deutschen gleichgesetzt wird. Also statt 1000 Mark deutschen Geldes erhalten wir in Wirklichkeit nur etwa 200 Mark! (Valutastand 21—22 : 100.) Die preußische Finanzverwaltung müßte doch soviel Anstand besitzen, wenn sie uns schon aus gewissen Gründen die Pensionsbezüge nicht in deutschem Gelde in die Finger geben will, daß sie den jeweiligen Valutastand berücksichtigt und uns (z. B. jetzt) den vierfachen Betrag mindestens anweisen läßt. Das tut sie aber nicht, denn die armen Pensionäre im Landinnern erhalten schon seit Monaten ihre Gelder in polnischer Mark ausgezahlt. Sie haben, verschüchtert und verdattert wie sie sind, den Mund nicht genügend aufgemacht, und man ist über sie einfach zur Tagesordnung übergegangen. — Die Folge dieses beispiellos brutalen Vorgehens der preußischen Finanzverwaltung wird nun eine demnächst einsetzende Massenflucht der deutschen Pensionäre sein, und ihnen wird dann die letzte Hand voll deutscher Kaufleute und Handwerker folgen. Wir bringen das Opfer und bleiben hier unter niederträchtigen, entwürdigenden Verhältnissen wohnen, um die Wohnungsnot in Deutschland nicht noch mehr zu vergrößern, und der Herr preußische Finanzminister hilft den Polen indirekt, uns loszuwerden; und die lieben Polen erhalten für ein Butterbrot die schönsten Villen und Grundstücke."

•

Auch die Propaganda für die 5proz. polnische Staatsanleihe wird in raffinierter Weise zu Spitzelzwecken mißbraucht. In Nakel hat das Ortskomitee für diese Anleihe die Stadt in 24 Bezirke eingeteilt. Jeder Bezirk hat einen Bürger als Kollekteur:

Die Herren Kollekteure sind berechtigt, die Bürger und Bürgerinnen ihrer Bezirke zu fragen, ob sie kurz- oder langfristige Staatsanleihe gezeichnet haben oder zeichnen werden, ebenfalls in welcher Höhe und bei welchem Institut.

Diejenigen Bürger, die nicht zeichnen wollen, werden in eine besondere Liste eingetragen."

•

Im „Pos. Tageblatt" veröffentlicht der Sejmabgeordnete Spickermann (Lodz) eine Erklärung, in der es heißt:

„Ich habe heute (11. Juni) in Posen eine Versammlung abhalten wollen, in der ich den Posener Deutschen über die Tätigkeit des Sejm Bericht erstatten und ihnen sagen wollte, welche Folgerung das Deutschtum Polens aus den Erfahrungen zu ziehen habe, die wir deutschen Abgeordneten während unserer Arbeit im Sejm gemacht haben. Der Artikel 6 des Gesetzes vom 8. April 1919 über die Unverletzlichkeit der Sejmabgeordneten gibt uns Abgeordneten das unbestreitbare und durch keine Verfügungen von Verwaltungs- oder anderen Behörden zu beeinträchtigende Recht, solche Versammlungen abzuhalten, wo und wann wir wollen, ohne daß sie angemeldet werden müssen oder zu ihrer Abhaltung eine behördliche Genehmigung nötig ist. Die Posener Polizeibehörde hat sich an diese gesetzliche Bestimmung nicht gekehrt, sondern mir die Abhaltung der Versammlung verboten durch eine mir von einem Polizeibeamten am Eingang des Saales abgegebene Erklärung, die dahin lautete, daß er den strikten Befehl habe, die Abhaltung der Versammlung unmöglich zu machen.

Ich kann nur feststellen, daß ich erst jetzt den rechten Begriff von der Rechtlosigkeit bekommen habe, unter der das Deutschtum in den ehemals preußischen Landesteilen lebt.

Durch das gesetzwidrige Vorgehen sind die Abgeordneten aus Pommerellen und ich gewaltsam verhindert worden, unser Vorhaben auszuführen. Wir werden selbstverständlich nicht verfehlen, von unseren Posener Erfahrungen, die wir in Kongreßpolen nie und nimmer hätten machen können, entsprechenden Gebrauch zu machen. Heute können wir unsere Posener deutschen Volksgenossen nur bitten, nicht uns entgelten zu lassen, daß sie vergebens sich auf eine Gelegenheit des Zusammenseins und der Aussprache über gemeinsame Nöte und Sorgen gefreut haben. Wir werden wiederkommen."

(Artikel 6 des Gesetzes vom 8. April 1919 über die Unverletzlichkeit der Sejmabgeordneten lautet:

„Die Mitglieder der gesetzgebenden Sejm können ohne Einholung der behördlichen Genehmigung und ohne Anmeldung Versammlungen zum Zweck der Berichterstattung über die Tätigkeit des Sejm einberufen. In diesen Versammlungen haben Vertreter und Organe der Behörden nicht das Recht, sich in die Verhandlungen einzumischen.")

HZ

In den stillen Tagen
der Sommerfrische
Im bunten Trubel der Reise
Im Flugzeug und auf der See
Dein Reisebegleiter:
Die Hallesche Zeitung.

Das englische Königreich Mesopotamien. Der erste Souverän in dem neu zu errichtenden Königreich Mesopotamien wird wahrscheinlich Abdullah, ein Sohn des Königs von Hedschas, werden. Die englische Garnison soll 4 Jahre in Mesopotamien bleiben, bis inländisches Militär und Polizeitruppen organisiert sind.

Provinz Sachsen

Ein Vertrauensvotum für den Erfurter Regierungspräsidenten Graf von Pückler

Die am 22. Juni in Erfurt versammelten Vertreter des Bundes der Landwirte erheben gegen die neuerdings von der Regierung systematisch betriebene Absetzung bewährter Verwaltungsbeamten und deren Besetzung durch Parteimänner, denen jede Vorbildung für die betreffenden Posten fehlt, einmütigen Protest. Besonders scharf verurteilen sie die ohne jeden stichhaltigen Grund erfolgte Amtsentsetzung des bisherigen Regierungspräsidenten Graf von Pückler, an dessen Stelle der Vorsitzende der demokratischen Ortsgruppe Erfurt ernannt wurde. Graf Pückler genoß das volle Vertrauen der gesamten ländlichen Bevölkerung. Es muß das größte Befremden in weiten Volkskreisen hervorrufen, wenn ein Mann, der nicht die geringste Erfahrung auf dem Gebiete der Verwaltung hat und noch dazu einer Partei angehört, der bei den letzten Wahlen seitens der Wähler das größte Mißtrauensvotum ausgestellt wurde, für einen so wichtigen Posten ausersehen wird. Auch spricht eine solche Handlungsweise allen parlamentarischen Gebräuchen Hohn.

Thüringen überwiegend nichtsozialdemokratisch

Nach dem vorläufigen Ergebnis der Landtagswahlen für Thüringen sind 43 Abgeordnete gewählt, von denen 23 den bürgerlichen Parteien und 20 den beiden sozialistischen Parteien angehören. Es erhielten die Deutschnationalen 3, die Deutsche Volkspartei 8, die Demokraten 4, der thüringische Bauernbund 8, die Mehrheitssozialisten 7 und die Unabhängigen 13 Sitze. Die Kommunisten gehen leer aus. Aus einer Reihe von Ortschaften ist das Wahlergebnis noch nicht bekannt.

Die Stimmenziffern betragen nach den bisherigen Feststellungen für die Deutschnationalen 34 128, die Deutsche Volkspartei 96 125, Demokraten 49 921, Landbund 92 745, Mehrheitssozialisten 87 726, Unabhängigen 159 512, Kommunisten 5858. Es fehlen noch die altenburgischen Landorte und die meisten meiningischen Landorte.

— **Weißenfels**, 22. Juni. (Das neue Stadttheater.) Nach langen Beratungen hat die Wirtschaftskommission und die Kommission für Kunst beschlossen, dem Magistrat bzw. der Stadtverordnetenversammlung den Ausbau des Volkshauses zum Stadttheater zu empfehlen. Der Umbau einschl. Erwerb des Volkshauses zum Stadttheater wird rund 93 000 Mark kosten. Die künstlerische Leitung des Stadttheaters soll dem Intendanten der Naumburger Schaubühne unter Vereinigung der Naumburger und der Weißenfelser Bühne zu einem Städtebundtheater übertragen werden.

— **Nordhausen**, 23. Juni. (Des Landrats Abschied.) Landrat von Esche, der beurlaubt war und jetzt seines Amtes enthoben ist, um einem sozialistischen Nachfolger, dem Genossen Voß aus Halle, Platz zu machen, ergriff in einer Versammlung der landwirtschaftlichen Kreisvertretung das Wort zu einer bedeutungsvollen Abschiedsrede an seinen Kreis, dem er 3 Jahre treu gedient, ohne parteipolitisch je hervorzutreten. Er wies alle jene Angriffe und Verleumdungen von links, die zu seinem Sturze geführt haben, zurück und wurde dann von der Versammlung zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Es ist im Interesse der Landwirtschaft sehr zu bedauern, daß dieser verdiente Beamte ein Opfer der neudeutschen Regierungsmethode geworden ist, überall Sozialisten unterzubringen und Vertreter des alten Regimes durch Verdächtigungen unschädlich zu machen. Als Nachfolger in die Kreisvertretung der Landwirte wurde Rittergutsbesitzer Dr. Matthiesen-Tettenborn, zum stellvertretenden Vorsitzenden Gutsbesitzer Kleemann-Mauderode gewählt. Die Versammlung stimmte ferner der Gründung eines Kreissaatzuchtvereins zu.

y. **Nordhausen**, 23. Juni. (Der Steuerabzug vom Gehalt und Lohn.) Der hiesige Arbeiter- und Angestellten-Ausschuß hatte bei der Stadtverwaltung den Antrag gestellt, die Löhne und Gehälter am 24. d. M. auszuzahlen. Der Magistrat und der Finanzausschuß hatten diesem Verlangen zugestimmt. Infolge des Mahnrufes der Finanzämter erhob der Magistrat Bedenken gegen die Auszahlung und verlangte in der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einen Beschluß darüber, ob die Stadt einen aus der Auszahlung etwa erwachsenden Nachteil übernehmen wolle oder nicht. Die Mehrzahl der Stadtverordneten (die bürgerlichen Stadtverordneten) stimmten gegen die Uebernahme etwaiger Nachteile auf die Stadt, für dieselbe nur die Stadtverordneten der U. S. P. und einige Demokraten, so daß die Uebernahme der etwaigen Nachteile abgelehnt wurde. Weiter wurde beschlossen: die Erhebung eines Zuschlags von 100 Prozent zur Reichswertzuwachssteuer; die Erhöhung des Tarifs der elektrischen Straßenbahn (auf 50 Pfg. für die einfache Fahrt, für die Abend- und Sonntagsfahrt, auf 3 Mark für Blockkarten für 8 Fahrten und auf 20 Mark für 1 Monatsabonnement und festgesetzt für jedes Gepäckstück der Preis der jeweiligen Fahrt.

Halle und Umgebung

Halle, 24. Juni.

Protest gegen den zehnprozentigen Steuerabzug

Eine von der U. S. P. einberufene Versammlung, die von mehreren tausend Personen besucht war, nahm am Dienstag abend Stellung gegen den vorzunehmenden Lohnabzug. Nach einem Referat über das genannte Thema wurde eine Entschließung angenommen, in welcher die Halleschen Arbeiter, Angestellten und Beamte mit aller Entschiedenheit gegen den Steuerabzug protestieren. Der geplante Steuerabzug würde geradezu vernichtende Folgen auf die Ernährung der Arbeiterschaft ausüben. Die Hallische Arbeiterschaft wird eine Kürzung ihrer Einnahmebezüge unter keinen Umständen zulassen, es sei denn, daß der Lohn oder das Gehalt um den abzuziehenden Betrag erhöht werde. Die Versammelten fordern von der Reichsregierung und vom Reichstag, daß die Ausnahmebestimmungen sofort beseitigt werden und der Abzug unterbleibt. Von den Halleschen Unternehmern und Behörden wird verlangt, daß sie den rückständigen Lohn oder Gehalt am 24. Juni restlos zur Auszahlung bringen. Gleichzeitig fordert die Hallesche Arbeiterschaft das gesamte Proletariat auf zum Protest gegen diesen unerhörten Raubzug auf das arbeitende Volk. In den einzelnen Betrieben soll abgestimmt werden, welche Maßnahmen weiter zu ergreifen sind.

— **Zum Streit zwischen Krankenkassen und Kassenärzten.** Die Verhandlungen, die am 21. Juni im Reichsarbeitsministerium zur Beilegung der Streitigkeiten der Kassenärzte mit den Krankenkassen stattgefunden haben, haben zu einer vollen Uebereinstimmung geführt. Die beiderseitigen Organisationen werden die nötigen Weisungen ergehen lassen, wann der vertragslose Zustand aufzuheben ist.

— **Konzert zu Gunsten der Auslandsdeutschen.** Den Auslandsdeutschen helfend zur Seite zu stehen, hat sich die Ortsgruppe Halle des Sängerbundes an der Saale zur Aufgabe gestellt. Der aus 250 Sängern bestehende Chor veranstaltet am Freitag, den 2. Juli, abends um 8 Uhr in „Bad Wittekind" ein Konzert unter gütiger Mitwirkung der Konzertsängerin Frau Lüdicke-Eckardt aus Berlin, sowie des Philharmonischen Orchesters. Der Erfolg des Konzertes wird der Halleschen Ortsgruppe des Bundes der Auslandsdeutschen überwiesen. Unseren schwer geprüften Volksgenossen zu helfen und zur Linderung ihrer Not beizutragen, sollte jeder Deutschfühlende als Ehrenpflicht betrachten und durch Entnahme von Eintrittskarten zu diesem Konzert unterstützen. Diese sind zu haben bei Heinr. Hothan sowie in „Bad Wittekind" zum Preise von 3 Mark (reservierter Platz) und 1,50 Mark (freier Platz).

— **Verbindlichkeitserklärung eines land- und forstwirtschaftlichen Tarifvertrages.** Der zwischen der Vereinigung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände für die Provinz Sachsen und Anhalt und dem Reichsverband deutscher Gutsbeamten, Bezirksverein Provinz Sachsen und Anhalt, am 18. August 1919 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen für die Angestellten in der Land- und Forstwirtschaft und ihrer Nebenbetriebe wird gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzblatt S. 1456) für das Gebiet der Provinz Sachsen und des Freistaates Anhalt für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 15. April 1920. Sie erstreckt sich nicht auf Arbeitsverträge, für die besondere Fachverträge in Geltung sind.

— **Das Reich haftet für die Fernsprechanleihen.** Das Deutsche Reich haftet für den der Telegraphenverwaltung von den Anschlußinhabern zum Ausbau des Fernsprechnetzes zur Verfügung zu stellenden einmaligen Beitrag ebenso wie für die Reichsanleihen. Die Zinsen werden dem Anschlußinhaber am Schlusse jedes Rechnungsjahres (Ende März) ausgezahlt. Eine Aufrechnung gegen die Anfang April einzuziehenden Fernsprechgebühren ist aus Verwaltungsrücksichten nicht in Aussicht genommen.

— **Postverkehr nach Amerika.** Der am 3. Juli von Gothenburg nach New-York abgehende schwedische Postdampfer „Drottningholm" wird zur Beförderung von Briefsendungen mit Leitvermerk nach den Vereinigten Staaten von Amerika und Durchgangsländern benutzt; Postschluß beim Postamt 1 in Hamburg am 29. Juni abends.

— **Rückgang des Postverkehrs.** In letzter Zeit sind in den Zeitungen mehrfach Nachrichten verbreitet worden, wonach der Postverkehr infolge der am 6. Mai in Kraft getretenen Gebührenerhöhungen sehr stark zurückgegangen sei. Die Postverwaltung steht diesen Mitteilungen fern. Die Wirkung der Gebührenerhöhungen läßt sich erst in einigen Monaten mit Sicherheit beurteilen, wenn das Ergebnis der vom Reichspostministerium angeordneten amtlichen Feststellungen vorliegen wird. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß eine wesentliche Ursache des gegenwärtig bemerkbaren Verkehrsrückganges in den Stockungen liegt, unter denen das gesamte Wirtschaftsleben seit einigen Wochen leidet.

— **Meeresbiologischer Kurs in Büsum (Nordsee).** In der Zeit vom 30. Aug. bis 12. Sept. wird der Priv.-Doz. für Zoologie an der hiesigen Universität Dr. F. Alverdes, gemeinsam mit dem a. o. Prof. der Zoologie an der Universität Tübingen, Dr. H. Prell, an der Zoologischen Station Büsum (Holstein) einen 14tägigen biologischen Kurs für Lehrer und Lehramtskandidaten abhalten. Die Zahl der Teilnehmer ist eine beschränkte; die Teilnehmerliste wird am 1. Juli geschlossen. Nähere Auskunft erteilt jeder der beiden Kursleiter.

Familien-Nachrichten

Geburt: Georg Runge (Tochter).

Vermählung: Kurt Jähnert und Frieda Osborg.

Todesfälle Am 22. Juni Gerichtssekretär a. D. Karl Trotrop im 78. Lebensjahre. — Am 22. Juni Minna Balasus geb. Frosch im 46. Lebensjahre. — Am 21. Juni Friederike Kempiak geb. Koch im 75. Lebensjahre. — Am 22. Juni Sofie Zerner geb. von Dehn-Rotfelser.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006241-19/fragment/page=0003
DFG

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem ✱ versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung“ gestattet

Zur Lage des Braunkohlenbergbaues

Ueber die Lage des Braunkohlenbergbaues wird uns geschrieben:

Der deutsche Braunkohlenbergbau, dessen Hauptgewicht mit etwa drei Viertel der gesamten deutschen Produktion im mitteldeutschen Gebiete liegt und dessen Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft in den Jahren des Krieges und der Kohlennot ganz besonders zutage getreten ist, hat seit der Zeit vor dem Kriege bis zum heutigen Tage tiefgreifende Wandlungen erfahren.

Das mitteldeutsche Gebiet, umfassend die Reviere von Kassel über Halle, Altenburg, Magdeburg, über die Niederlausitz bis zu den Gruppen Frankfurt, Forst und Görlitz, ist heute annähernd wieder auf der Produktionshöhe der Zeit vor dem Kriege angelangt. Diese Leistung ist aber leider von einem gewaltigen Sinken der Nutzleistung auf die Schicht begleitet, das sich durch die Einführung des Achtstundentages herausgebildet hat.

Gegenüber der Steinkohle ist die Braunkohle in verschiedener Hinsicht ins Hintertreffen geraten. Während bei der Steinkohle seit jeher die Achtstundenschicht bestand, die jetzt auf 7 Stunden herabgesetzt wurde, so daß unter Beibehaltung der alten einfachen Förderschicht am Arbeitstag die Zeiteinbuße nur 12 Proz. ausmacht, wurde der fast ausschließlich durchgehend betriebene Braunkohlenbergbau gezwungen, eine volle dritte Schicht neu einzulegen. Diese gewaltige Umwälzung bedingte zunächst die Vermehrung der Belegschaft um mindestens 50 Prozent. Dazu kam weiterhin ein erheblicher Leistungsrückgang. Des weiteren betrug der Anteil des Lohnes an den Selbstkosten beim Steinkohlenbergbau bisher ungefähr 60 Proz., der aller anderen Kosten ungefähr 40 Proz.; während es im Braunkohlenbergbau ungefähr gerade umgekehrt war, nämlich ca. 40 Proz. Lohn und 60 Proz. andere Kosten. Nun sind gerade die anderen Kosten ganz besonders gestiegen, weil die Materialpreise unverhältnismäßig höher gestiegen sind als die Löhne. Daraus ergibt sich, daß sich die Selbstkostenspanne beim Braunkohlenbergbau in viel ausgedehnterem Maße vergrößern muß, als bei der Steinkohle, und zwar so gewaltig, daß heute die Konkurrenzfähigkeit der Braunkohle ganz ernstlich bedroht ist. Nur mit schwerster Sorge kann der Braunkohlenbergbau der Zeit harren, in der wieder die Erzeugung die Marktbedürfnisse völlig befriedigen kann.

Dieser Zeitpunkt rückt scheinbar schnell näher, und es sind schon verschiedene Anzeichen deutlich sichtbar, die seinen baldigen Eintritt ankündigen. Schon stockt der Rohkohlenabsatz in verschiedenen Revieren. Manche Industrien sind infolge ihrer hohen Selbstkosten weder auf dem Auslands- noch auf dem Inlandsmarkt konkurrenzfähig; sie müssen ihre Betriebe einschränken, ja zum Teil einstellen. Dadurch fallen gewaltige Mengen des Verbrauches aus. Aber auch der Hausbrandverbraucher ist nicht mehr in der Lage, die teuren Kohlen in solchen Mengen zu kaufen, wie er es gern möchte. Hieraus ergibt sich eine Bedarfsminderung, die eines Tages zum Ueberfluß der Erzeugung führen muß.

Schon heute ist die Braunkohle an vielen Orten die gar nicht weit von der Produktionsstätte abliegen, nicht mehr konkurrenzfähig. Dies leuchtet ohne weiteres ein, wenn man bedenkt, daß die Tonne Steinkohle fast den gleichen Preis hat wie die Tonne Braunkohlenbriketts. Nun erzeugt aber eine Tonne Steinkohle ungefähr den anderthalbfachen Wärmewert wie Braunkohlenbriketts, und es wird keinem Verbraucher einfallen, auf die Dauer den gleichen Preis für Braunkohlenbriketts anzulegen bei nur zwei Drittel der Wärmeausbeute gegenüber Steinkohle. Das ist die notwendige Auswirkung der Einführung des Achtstundentages im Braunkohlenbergbau.

Einige Zahlen erläutern diese Lage besser als Worte. Nach den Veröffentlichungen der Knappschaftsberufsgenossenschaft, nach dem Bericht des Reichskohlenrates über die Kohlenwirtschaft im Jahre 1919, sowie aus den Ermittlungen der Syndikate ergibt sich folgendes Bild:

Es betrug die Erzeugung des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues:

Förderung	Briketterzeugung	Belegschaft
1919:		
65 543 000 Tonnen	13 839 000 Tonnen	98 600 Mann,
1920:		
70 000 000 Tonnen	14 500 000 Tonnen	130 000 Mann.

Die Zahlen für 1920 sind nach den bisherigen Ergebnissen auf das ganze Jahr umgerechnet. Die Belegschaftszahl entspricht dem heutigen Stande.

Nun betrug die Leistung je Kopf und Schicht:

1914:	4,7 Tonnen Kohle	1,50 Tonnen Briketts
1919:	2,2 „ „	0,46 „ „
1920:	1,8 „ „	0,37 „ „

Die Leistung für den Kopf und die Schicht ist also seit 1914 bei Kohle auf zirka ein Drittel, bei Briketts auf zirka ein Viertel gesunken. Der Durchschnittslohn betrug vor dem Kriege auf die Schicht ungefähr 4,50 Mk., heute beträgt der Durchschnittslohn ungefähr 36 Mk., also das Achtfache von damals. Bei 4,50 Mk. Lohn je Schicht und 4,7 Tonnen Leistung in Rohkohle betrug demnach der Lohnanteil je Tonne Rohkohle im Jahre 1914 0,96 Mk. Dementsprechend beträgt heute der Lohnanteil je Tonne Rohkohle 36 : 1,8 = 20 Mk., d. h. also der Lohnanteil auf eine Tonne Rohkohle ist seit der Zeit vor dem Kriege auf das Zwanzigfache gestiegen. Dieses Ergebnis wird durch die gleichzeitigen ungünstigen Einwirkungen der Schichtverkürzung und der gewaltigen Lohnerhöhung erzielt. Aehnlich ist das Verhältnis bei Briketts, wo es sogar noch ungünstiger ausfällt. Der Marktpreis für eine Tonne Förderkohle beträgt zurzeit 66 Mk. Nach Abzug der Kohlensteuer, der Aufwendungen für Bergmannsheimstätten und für Lebensmittelbeschaffung, sowie der Rabatte verbleiben der Zeche rund 50 Mk. Erlös. Davon gehen, wie eben nachgewiesen, 20 Mk. für Lohn auf und fast 30 Mk. für Materialien und sonstige Ausgaben, die, wie schon oben dargelegt, zum Lohn im Verhältnis wie 3 : 2 stehen. Aehnlich liegen die Verhältnisse bei den Briketts. Nur wenige Pfennige bleiben zur Verteilung einer Dividende übrig. Dies stimmt genau mit den Zahlen überein, welche den veröffentlichten Bilanzen der Aktiengesellschaften und Gewerkschaften zu entnehmen sind.

Für 14 der bedeutendsten Gesellschaften Mitteldeutschlands, welche öffentlich Rechnung legen und die ungefähr 70 Prozent der ganzen mitteldeutschen Förderung bestreiten, ergeben sich folgende Gewinnzahlen je Tonne Förderung: 1913: 0,44; 1914: 0,40; 1915: 0,41; 1916: 0,51; 1917: 0,56; 1918: 0,51; 1919: 0,51 Mark.

Während also im Frieden, als die Tonne Rohkohle etwa 2,50 Mk. erbrachte, der Anteil des Zechengewinnes noch zirka 17 Proz. des Erlöses ausmachte und der Lohnanteil 0,96 : 2,5 = 40 Proz. betrug, beträgt heute der Zechengewinn 50 : 0,51 = 1 Proz., während der Lohnanteil noch immer 20 : 50 = 40 Proz. ausmacht. Bei Briketts liegen die Verhältnisse noch ungünstiger, so daß der Gewinnanteil am Erlös unter 1 Proz. gesunken ist. So sehen die „Milliarden-Gewinne“ aus, von denen die linksstehende Presse redet.

Aber auch auf anderem Wege ergibt sich das gleiche Resultat, welche die völlig unzulängliche Höhe der Rente des Bergbaues nachweist. Der ganze deutsche Kohlenbergbau einschließlich der Steinkohle hat zurzeit einen Umsatz von ungefähr 30 Milliarden Mark. Er erbringt etwa 250 Millionen Mark Ausbeute, d. h. also wiederum 0,8 Proz. vom Umsatz. Betrachtet man das ungeheure Risiko des Bergbaues, das gerade jetzt durch die Wassereinbrüche der letzten Zeit auf verschiedenen Gruben und durch Tagebaubrände handgreiflich vor Augen gerückt wird, so wird man bekennen müssen, daß, wenn bei einer Einnahme von 50 Mk. je Tonne schließlich 50 Pfg. als Gewinn übrig bleiben, kein Mensch mehr ein neues Bergbaurisiko auf sich nehmen kann und daß der geringste Konjunkturumschwung genügt, um den Bergbau völlig über den Haufen zu werfen.

Der Braunkohlenbergbau muß auf dieser schwankenden und schmalen Grundlage seines Ertrages, wie sie sich durch die Wirkungen der Staatsumwälzung und durch die Einwirkung des Achtstundentages herausgebildet hat, mit größter Sorge in die Zukunft blicken, um so mehr, als ihm stille Reserven, wie sie früher zur Erzielung des Ausgleichs bei schlechter Wirtschaftslage zur Verfügung standen, nicht mehr zu Gebote sind, im Gegenteil, die Schuldenlast ist enorm gewachsen und schon eine Reihe von Gesellschaften gezwungen, ihre Kapitalien erheblich zu vermehren, trotzdem dadurch keine Produktionssteigerung hervorgebracht werden kann.

Nur angestrengteste Arbeit vermag den Braunkohlenbergbau über diese kritischen Zeiten hinwegzuführen. Aber was nützen tausend fleißige Hände, wenn der Kopf fehlt oder in seiner Arbeitstätigkeit eingeengt wird, der täglich über das so unendlich vielgestaltige und empfindliche Uhrwerk des Betriebes nachsinnen muß und alles so zu lenken hat, daß keine Reibung entsteht und alle Räder richtig ineinandergreifen! Auch hier muß Einsicht einkehren, und es muß der Beamtenschaft ihr saures und verantwortungsreiches Amt nicht unnütz erschwert, ja vielfach verekelt werden, sondern es muß freier Arbeitswille wieder im Vertrauen zu den geistigen Führern, die im und mit dem Betriebe groß geworden sind und deren Köpfen erst die Ideen zu den gewaltigen Bergwerksanlagen entsprungen sind, die heute 130 000 Mann mit ihren Familien Brot und Arbeit geben, in verständnisvoller Mitarbeit das Werk vollenden helfen, das jene erdenken und leiten.

Aktiengesellschaften

✱ **Magdeburger Straßeneisenbahn-Gesellschaft.** (Eigene Drahtnachricht.) Die Generalversammlung genehmigte den mit der Stadt Magdeburg abgeschlossenen Vertrag, der der Gesellschaft die Tariffreiheit zugesteht, eine feste Abgabe von 5 Prozent der Bruttoeinnahme an die Stadt vorsieht und der Gesellschaft aus dem Gewinn eine Dividende von 6½ Prozent zusichert. Der dann noch erzielte Gewinn ist zwischen Stadt und Gesellschaft je zur Hälfte zu teilen. Weiter wurde die Erhöhung des Aktienkapitals um 3 auf 9 Millionen Mark beschlossen. Davon werden 2 Millionen zu 130 Prozent von der Stadt Magdeburg übernommen und 1 Million den alten Aktionären zu 117 Prozent im Verhältnis von 6 : 1 übergeben. In den von 6 auf 8 Mitglieder verstärkten Aufsichtsrat wurden 2 Mitglieder des Magistrats zu Magdeburg neu gewählt. Die Dividende wurde auf 4 (7) Proz. festgesetzt.

Continental-Gesellschaft für elektrische Unternehmungen zu Nürnberg. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der Generalversammlung eine Dividende von 3 Prozent (wie im Vorjahre) auf die Vorzugsaktien vorzuschlagen.

Kaligewerkschaft Volkenroda. Der Jahresüberschuß für das Jahr 1919 beträgt einschließlich Vortrag 1,94 (0,8) Mill. Mk., nach Abschreibungen von 770 000 (720 000) Mk., Rückstellungen für Reparaturen von 200 000 Mk. und Ueberweisung von 300 000 Mk. an den Baufonds verbleibt ein Vortrag von 636 000 (85 000) Mk.

Grimme, Natalis u. Co., Braunschweig. Die Generalversammlung genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals auf 1½ Millionen Mark. Die Verwaltung erklärte, daß belangreiche Aufträge zu guten Preisen vorliegen. Ob der Abschluß wieder so günstig ausfallen werde, lasse sich nicht sagen.

Gew. ver. Konstantin der Große. Geschäfts-Bericht 1919. Betriebsgewinn 6,34 (8,31 Mill. Mk., Abschreibungen auf Anlagen 2,23 (2,26) Mill. Mk. und außerdem 1,57 Mill. Mk. auf Wertpapiere, Ueberweisungen an die Rücklage für schwebende Entschädigungen 1,08 (0) Mill. Mk., Zubuße in Gestalt von Kriegsanleihen an die Gewerken verteilt 1,43 (0) Mill. Mk., Ausbeute 1,6 (3,4) Mill. Mk. Im Berichtsjahr hat der auf die Beteiligung bei dem rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat anzurechnende Absatz in Kohlen nur 58,9 Proz., in Koks 44,9 Proz. und in Briketts 12,8 Proz. erreicht. Die Beschäftigung der angegliederten Reedereien und Kohlenhandelsgesellschaft Gebr. Törtelmann und Stachelhaus u. Buchlo war im ganzen gut und können die Jahresergebnisse als den Erwartungen entsprechend bezeichnet werden.

Die Zwickauer Maschinenfabrik A.-G. beantragt 15 Prozent (10 Proz.) Dividende und eine Kapitalserhöhung um 1½ auf 4½ Millionen Mark.

Vereinigte Elbschiffahrtsgesellschaften, Akt.-Ges., Dresden. Die Verwaltung erhielt die Genehmigung, die Schlepplöhne auf der Saale, welche im April auf 1000 Prozent erhöht wurden, auf 1500 Prozent zu steigern.

✱ **Saccharinfabrik, A.-G., vorm. Fahlberg, List u. Co. in Magdeburg-Südost.** Das Bezugsrecht auf die neuen Aktien ist vom 24. Juni bis 8. Juli auszuüben. Auf 1000 M. alte Aktien kann eine neue Aktie zu 1000 M. zum Kurse von 130 Prozent bezogen werden.

Handel, Industrie, Handwerk

Zusammenschluß in der Thüringischen Möbelindustrie. Die Möbelindustrien von Neustadt, Pößneck und Umgebung, welche wegen Auftragsmangels vor der Schließung ihrer Betriebe stehen, schlossen sich zur Erlangung von Auslandsaufträgen und zur Uebernahme von Arbeiten im Wiederaufbaugebiet in Frankreich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen.

Berliner Häute-Auktion. Bei gutem Besuch war die Kauflust ziemlich rege. Zum Angebot kamen etwa 30 000 Stück Großviehhäute und 90 000 Stück Kleintierfelle. Gegenüber der letzten Auktion (4. und 5. Mai) gingen die Preise zurück, jedoch im Vergleich zu den in letzter Zeit abgehaltenen Auktionen machte sich für einzelne Sorten Großviehhäute eine leichte Aufwärtsbewegung der Preise geltend. Es erzielten Ochsenhäute im leichten Gewicht 9,25—10,05 Mk., do. schwer 10 Mk., Bullenhäute im leichten Gewicht 8,05—10 Mk., schwer 6,15—8 Mk., Kuhhäute im leichten Gewicht 8,50—10,60 Mk., schwer 10—10,50 Mk., Färsenhäute leicht 9,20—10,10 Mk., Fresserhäute bis 20 Pfund 9,10 bis 9,60 Mk., Schußhäute 5,05—7,15 Mk.; alles pro Pfund.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Die neuen Schwierigkeiten in der Kabinettsbildung haben die Lustlosigkeit im freien Börsenverkehr noch verschärft. Die weitgehende Zurückhaltung ließ es nur zu vereinzelten Umsätzen kommen. Die Kurse setzten vorwiegend niedriger ein, zeigten dann aber Widerstand gegen weitere Rückgänge. Zu anfänglichen Abschwächungen trug auch das neuerliche Nachgeben der Devisenkurse bei. Erheblich gedrückt waren einige Farbwerte, so verloren Badische Anilin 15, Höchster Farbwerte 10 Prozent. Im Gegensatz zur sonstigen Mattigkeit stand die Aufwärtsbewegung der Petroleumwerte, für die sich wiederum rege Kauflust zeigte. Im Vordergrund des Interesses standen deutsche Erdölaktien, die im freien Verkehr bei lebhaften Umsätzen um 35 Prozent gegen gestern höher einsetzten. Von Montanwerten zeichnete sich Mannesmann durch Besserung um 4 Prozent aus. Ueber den Anlagemarkt ist wiederum nichts Besonderes zu berichten.

Produktenbericht. Am Produktenmarkt war die Nachfrage für sofort zu verladenden Hafer von für Berlin günstig liegenden Stationen lebhaft. Anscheinend ist der hiesige Bedarf völlig versorgt. Zum Teil stellten sich die Preise etwas über die gestrigen. Hülsenfrüchte konnten ihren Preisstand heute behaupten bei etwas vermehrtem Geschäft, namentlich in feiner Ware. Lupinen und Serradella wurden kaum gehandelt. Die Preise für Heu blieben unverändert. Neue Ware auf Abladung stellte sich auf etwa 16 Mark für den Zentner. Stroh war still, da die hohen Frachten und Kosten die Verarbeitung zu Häcksel nicht zulassen. Wetter: schön.

Hafernotierungen:

Berlin, 23. Juni. Inländischer Hafer, für 1000 kg in Mark loko ab Speicher frei Wagen —,—, loko ab Bahn —,— Mark, sofortige Abladung ab Abladestationen 2280—2240 Mark. Tendenz: ruhig.

Devisen-Notierungen: **Berlin, 23. Juni.**

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rotterd.	1298,70	1301,30	New-York	36,70—	36,80—
Brüssel-Antwerp.	319,70	320,30	Paris	309,20	308,80
Christiania	631,35	633,15	Schweiz	669,30	670,70
Kopenhagen	609,40	610,60	Spanien	609,40	610,60
Stockholm	804,20	805,80	Wien (altes)	—,—	—,—
Helsingfors	172,30	172,70	Oesterreich abgest.	25,97—	26,03—
Italien	229,75	230,25	Prag	86,52½	86,72½
London	145,60—	145,90—	Budapest	22,22—	22,28—

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte	
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	76,—
5% Deutsche Reichsanl.	79,75
4 „ „	73,70
3½ „ „	65,50
3 „ „	63,50
4 Preuss. Konsols	72,50
3½ „ „	61,50
3 „ „	57,70
4 Charl. Stadtanl. 89/99	95,—
4 Magdeb. Stadtanl. 91/06	96,10
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	—,—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	100,—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	99,50
4½ Dessauer Gas-Oblig.	—,—
4 „ „	97,—
Ausländ. Werte	
4 Oesterr. Kron.-Rente	27,—
4 Ungar. Gold-Rente	58,60
4 Ungar. Kronen-Rente	28,25
Eisenbahn-Aktien:	
Halberstadt-Blankenb.	77,—
Halle-Hettstedter	69,—
Schantungbahn	605,—
Allg. Lokal-Str.	104,—
Gr. Berl. Str.	136,25
Magdeburger Str.-B.	151,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	454,—
Orientbahn	183,—
Schiffahrts-Akt.:	
Hambg. Paketfahrt	182,—
Hambg.-Südamerika	231,—
Hansa-Dampfschiff	317,25
Nordd. Lloyd	175,—
Banken:	
Bank für Thür.	153,50
Berl. Handelsges.	210,—
Comm u. Diskontobank	166,50
Darmstädter Bank	157,50
Dess. Landesbank	—,—
Deutsche Bank	275,—
Diskonto-Comm.	207,—
Dresdner Bank	176,25
Credit-Anst. Leipzig	162,—
Mitteld. Kreditbank	149,50
„ Privat-Bank	109,—
Nationalbank	145,50
Oesterr. Kredit	95,—
Reichsbank	142,—
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	252,—
Akt. f. Anilin	319,—
Allgem. Elektr.-Ges.	264,—
Ammendorfer Papierf.	541,—
Anhalter Kohlenw.	227,—
Annaberger Steingut	362,—
Badische Anilin	426,50
Bergmann-Elekt.-Akt.	207,—
Berl. Masch.-Bau	220,—
Bismarckhütte	434,—
Bochumer Gußstahl	250,25
Chem. Fabrik Buckau	378,—
Chem. Griesheim	291,—
Chem. v. Heyden	310,—
Consolidation Schalke	580,—
Cröllwitzer Papierfabr.	—,—
Daimler-Motoren	299,50
Deutsch-Luxemburg	265,—

Deutsche Uebersee-El.	731,—
Deutsche Erdöl	950,—
Deutsche Gasglühl.	5050,
Deutsche Kali	406,—
Deutsche Waff. u. Mun.	340,—
Donnersmarkhütte	333,—
Döring u. Lehrmann	135,—
Dürkoppwerke	424,—
Elberfelder Farben	360,—
Engelhard Brauerei	—,—
Felten u. Guilleaume	391,—
Gasmotoren Deutz	177,—
Gebhardt u. Co.	—,—
Gebhardt u. König	203,—
Gelsenkirch. Bergb.	285,—
Glauziger Zuckerfbr.	410,—
Hallesche Masch.-Fabr.	432,—
Hann. Masch.	325,25
Harpener Berg	235,50
Hasper Eisen	570,—
Hirsch Kupfer	243,—
Höchster Farbw.	323,—
Hoesch Eisen u. Stahl	302,50
Hohenlohe-Werke	168,50
Humboldt-Masch.	158,75
Ilse-Bergbau	321,—
Kahla-Porzellan	378,—
Kaliw. Aschersleben	362,—
Körbisd. Zucker-Akt.	380,—
Kyffhäuserhütte	179,50
Lahmeyer u. Co.	166,25
Lauchhammer	299,—
Laurahütte	194,25
Lingel. Erfurt	—,—
Linke u. Hofmann	315,—
Ludwig Loewe u. Co.	262,—
Lothringer Hütte	210,—
Mannesmannröhren	338,—
Maschinenfabr. Buckau	235,25
Oberschl. Eisenb.-Bed.	182,—
do. Caro Heg.	240,—
do. Kokswerke	413,—
Orenstein u. Koppel	262,—
Phönix-Bergb.	392,—
Rhein. Metall-Vorz.	267,75
Rhein. Stahlwaren	310,25
Riebeck. Montan	275,50
Bombacher Hütten	249,—
Rositzer Braunk.	240,25
Rositzer Zucker	193,75
Sangerhäuser Masch.	389,—
Hugo Schneider u. Co.	244,50
Schuckert u. Co.	170,25
Siemens u. Halske	292,50
Stettiner Chamotte	286,—
Stettiner Vulkan	211,—
Stollberger Zinkh.	243,50
Strals. Spielkarten	335,—
„Terra“, Samen-A.-G	—,—
Thale-Eisenhütte	367,—
Triptis-Akt.-Ges.	213,—
Türkische Tabakregie	737,—
Ver. Köln-Rottweiler	251,75
Glanzstoff Elberf.	905,—
Wegelin u. Hübner	157,—
Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Westeregeln-Alkali	615,50
Wittener Gußstahl	890,—
Wrede-Mälzerei	141,—
Zeitzer Masch.	434,—
Zellstoff Waldhof	284,—
Otavi-Minen	700,—

Tendenz: **schwächer.**

„H. Z.“ Sportberichte

Rennen zu Hamburg-Horn

1. **Hammer-Rennen.** 1. Bergleich (Rastenberger), 2. Defizit, 3. Goldstrom. Tot.: 13, 12, 24. Ferner liefen: Chalcedon, Rosmarin. — 2. **Nickel-Rennen.** 1. Herold (Rastenberger), 2. Liebhaber, 3. Falter. Tot.: 11. — 3. **Großer Hamburger Ausgleich.** 1. Funkspruch (Huguenin), 2. Turban, 3. Persicus. Tot.: 56, 15, 14, 16. Ferner liefen: Andersen, Palestro, Fürst Popoff, Emilius, Flamingo, Chamisso, Rebelin, Rübezahl, Parad, Indling, Belladonna. — 4. **Grabitzer Rennen.** 1. Humbold (Olejnik), 2. Abendsturm, 3. Smaragd. Tot.: 22, 14, 25. Ferner liefen: Puffi, Wheeler, Landsmann, Parsimonia. — 5. **Elbepreis.** 1. Glimmer (Jentzsch), 2. Meinhard, 3. Oberfeldherr. Tot.: 12, 10, 12, 50. Ferner liefen: Rondo, Wilna, Geduld, Tauscherin. — 6. **Iserbrooker Ausgleich.** 1. Flamme (Huguenin), 2. Palme, 3. Sarnot. Tot.: 37, 15, 26, 16. Ferner liefen: Libelle, Menja, Seehausen, Czardasfürstin, Coco, Wulfhard, Götz von Berlichingen. — 7. **Alphon Brödermann-Jagdrennen.** 1. Laffete (Herr Freese), 2. Frei, 3. Honved. Tot.: 27, 10, 15. Ferner liefen: Castle Brillant, Reißaus, Gerhild.

— **Leichtathletik-Meisterschaften des Saale-Gaues.** Am Sonntag, den 27. Juni, finden auf dem Sportplatz am Zoo die Wettkämpfe um die Gaumeisterschaften statt. Neben den alten Kämpfern werden sich sehr viel Neulinge an den Kämpfen beteiligen, und es darf mit einer großen Steigerung der Leistungen gerechnet werden. Voraussagen sind schwer zu machen. Im 100 Meter-Laufen werden Hüttmann, Schröter (96), Leser (Nelson) und Holtzhausen (V. f. L.-Merseburg) um den Sieg streiten. Jahnke (96) dürfte im 400 Meter-Lauf kaum geschlagen werden. Für die Mittelstrecken dürften Meißner, Apitsch, Weber (Hohenzollern-Merseburg) und Bürger (Nelson) in Frage kommen.

Die Wurfkonkurrenzen lassen keine Voraussagen zu, da Luther (96) nicht zur Stelle sein wird. Cloubert (Olympia), Merkel (96) sind für Hochsprung voraussichtlich Gegner. Für Weitsprung kommen nur Sprünge über 6 Meter in Betracht, die das letzte mal nur von Schröter (96) und Meißner (Hohenzollern-Merseburg) erreicht wurden. Einen spannenden Kampf wird die 3 mal 1000 Meter-Staffel zwischen Hohenzollern-Merseburg und Halle 96 bringen. In der 4 mal 100 Meter-Staffel werden Nelson, Kaufmännischer Turnverein, V. f. L.-Merseburg und 96 erbittert um den Sieg ringen. Die Damen-Wettkämpfe, die zum ersten mal in diesem Jahre zum Austrag kommen, sind gleichfalls gut besetzt. Eine Voraussage ist nicht möglich.

— **Stiftungsfest.** Am Donnerstag hat der T. Sp. V. der Franckeschen Oberrealschule anläßlich seines 27jährigen Stiftungsfestes die 1. Mannschaft des Merseburger Gymnasiums zu einem Wettspiel nach hier verpflichtet. Das Spiel findet auf dem Sportplatze am Zoo, Angerweg 24, pünktlich um ½5 Uhr statt.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Hetling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Erich Gellheim. Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006241-19/fragment/page=0004
DFG